

Montag (Nachmittag), 25. November 2019 / Lundi après-midi, 25 novembre 2019

Staatskanzlei / Chancellerie d'Etat**7 2017.STA.1782 Bericht RR
Bericht über die Möglichkeiten der Medienförderung durch den Kanton Bern****7 2017.STA.1782 Rapport CE
Rapport sur les possibilités d'aide aux médias par le canton de Berne**

Präsident. Wir kommen bereits zum Traktandum 7. Ist Christoph Auer anwesend? – Ich nehme es an. Meldet bitte jemand Christoph Grupp für die Rednerliste an? – Danke.

Ich begrüsse den Staatsschreiber, Christoph Auer, hier bei uns. Wir kommen zum Traktandum 7, «Bericht über die Möglichkeiten der Medienförderung durch den Kanton Bern». Sie haben hierzu einen Ordnungsantrag auf freie Debatte angenommen. Die Beratung wird also in freier Debatte durchgeführt, und wir schlagen Ihnen folgendes Vorgehen vor: Zuerst werden wir quasi eine Grundsatzdebatte führen, beziehungsweise über den Bericht sprechen – Grundsatz und Bericht. Anschliessend führen wir eine zweite Debatte durch, in der wir alle Planungserklärungen behandeln. Gehen Sie also am Anfang noch nicht auf die Planungserklärungen ein, sondern sprechen Sie nur über die Grundsätze, über den Bericht an sich oder über Ihre Grundsätze zur Medienförderung. Ich gebe zuerst dem Kommissionssprecher, Christoph Grupp, das Wort.

Grundsatzdebatte / Débat de principe

Christoph Grupp, Biel/Bienne (Grüne), Kommissionssprecher der SAK. Der zu diesem Thema vorliegende Regierungsratsbericht über die Möglichkeiten der Medienförderung durch den Kanton Bern geht auf ein Ereignis im Jahr 2017 zurück. Damals beschloss der Tamedia-Verlag, die Redaktionen von «Berner Zeitung (BZ)» und «Der Bund» zumindest teilweise zusammenzulegen. Es traten damals ernsthafte Bedenken auf, dass die unabhängige und vielfältige Berichterstattung, gerade auch über kantonale Inhalte, darunter leiden könnte. Inwiefern diese Befürchtungen eingetroffen sind, kann ich, so glaube ich, Ihrer Einschätzung überlassen.

Wenn wir zur Tribüne blicken, zu den Medienschaffenden, um welche es ja in der nächsten Zeit dieser Debatte zentral geht, können wir schon feststellen, dass die Anzahl der Medienschaffenden deutlich abgenommen hat. Aus Seeländer Sicht, als Bieler, stelle ich immer wieder fest, dass das «Journal du Jura» sehr regelmässig hier ist, und dies schlägt sich auch entsprechend in der Berichterstattung nieder. Vom «Bieler Tagblatt» zum Beispiel sehe ich nur noch höchst selten Vertreterinnen oder Vertreter auf der Medientribüne im Grossratsaal. Entsprechend mager sind auch die Berichterstattungen über Grossratsdebatten in diesem Titel. Dies ist nicht direkt eine Folge des Entscheids der Tamedia-Gruppe. Es zeigt jedoch, wie der Trend im Grossen und Ganzen verläuft.

Journalistinnen und Journalisten sind wie Medienunternehmungen, wo sie arbeiten, natürlich auch einem zunehmenden Druck ausgesetzt. Zeitnot: Sie müssen immer mehr auch multimedial unterwegs sein. Wenn sie zum Beispiel mit einem Lokalradio unterwegs sind, macht dieses gleichzeitig einen Bericht im Internet und Fotos. Vielleicht gibt es sogar noch einen Videopost davon. Sie sind multimedial unterwegs, bei derselben Aufgabenstellung und häufig sogar bei tieferen Löhnen. Es gehen allenthalben Restrukturierungen um, und um die Aufstiegschancen steht es bitterböse. Das ist in etwa die Situation, mit der viele Journalistinnen und Journalisten, auch bei uns im Kanton Bern, konfrontiert sind. Die Gründe, die dahinterstecken, sind sehr vielfältig. Wichtigster Grund – auch der Bericht nennt diesen – ist einerseits das Aufkommen der Gratiszeitungen wie «20 Minuten». Eine Zeit lang gab es drei; «20 Minuten» ist das, was übriggeblieben ist.

Wir blicken hier also auf einen Trend, der schon ein paar Jahre zurückliegt, aber sich jetzt entsprechend entfaltet hat. Der andere Megatrend ist sicher das Aufkommen von viel mehr Berichterstattungen und Informationssuchen via Internet, Social Media und andere elektronische Medien oder Apps, die man verwendet, um sich heutzutage informiert und à jour zu halten. All dies hat rasante und massivste Auswirkungen auf die Medienlandschaft, insbesondere auch auf die Printmedien-

landschaft. Unter anderem kann man in Studien lesen, dass heutzutage rund ein Drittel aller Leute keinen regelmässigen News-Konsum mehr hat. Bei den Bis-29-Jährigen ist es sogar schon mehr als die Hälfte. Im Fachjargon werden diese Leute als die «Newsdeprivierten» genannt, also die den News entzogenen Leute. Im besten Fall nutzen diese vielleicht einmal Facebook oder Instagram, um sich wirklich Informationen zu holen. Meistens besuchen sie keine Newsportale, sie lesen kaum «20 Minuten» und mit Sicherheit keine Zeitungen oder Magazine.

Aufgrund von alledem ist es sicher richtig, dass sich der Regierungsrat Sorgen macht über die Informationsflüsse, welche an die Bevölkerung gehen, insbesondere auch, was die politische Meinungsbildung anbelangt. Wenn die Medienlandschaft immer mehr gelichtet wird, hat dies mit Sicherheit Auswirkungen auf die Teilnahme an der direkten Demokratie sowie auf die Stimm- und Wahlbeteiligung. Eine weitere Gefahr besteht in der Erosion der Rolle der Medien als vierte Gewalt. Sie sollen ja unter anderem uns als Legislative sowie die Exekutive und die Judikative beobachten – schauen, was geschieht, mit den Mitteln, die ihnen zur Verfügung stehen, Recherchen machen, Einfluss nehmen und auch Korrekturen veranlassen. Gerade im Kanton Bern waren wir in Vergangenheit mit verschiedensten Ereignissen konfrontiert. Durch aufwendige Medienrecherchen wurden wesentliche Korrekturen, zum Beispiel an der Funktionsweise von Verwaltung, Regierung und Parlament, vorgenommen.

Jetzt haben wir in diesem Bericht eine Reihe vorgeschlagener Massnahmen – Massnahmen zur Medienförderung. Ich glaube, alles in allem kann man sagen, diese stünden immer im Licht zweier Hauptziele. Denn über die Zielsetzungen müssen wir sicher sprechen, wenn wir von Medienförderung reden. Einerseits ist es die Sicherstellung der politischen Information, andererseits die Erhaltung der Wächterfunktion der Medien. Deshalb gehen wir noch nicht gleich zu den Massnahmen über, aber es gibt einen anderen wichtigen Hinweis, ein wichtiges Aber, das auch in der Kommission aufgetaucht ist. Ich glaube, ich darf soweit aus der Beratung der Kommission sagen, dass es in unserem Kreis bei den Beratungen verschiedenste Stimmen gab, die sich gegen eine aktive Medienförderung durch den Kanton aussprachen. Eine Argumentationsschiene war jene, welche dazu mahnte, man solle den Markt eigentlich, soweit es geht, arbeiten lassen und nicht zu stark eingreifen, also im Sinne einer liberalen Grundhaltung den Dingen ihren Lauf lassen oder zumindest keine Verzerrungen verursachen. Die andere kritische Haltung kann damit zusammengefasst werden, dass man sagt: Wir haben ja eh keine Chance mehr, einen bevorstehenden Strukturwandel aufzuhalten, was immer wir auch unternehmen. Im Medienmarkt, auch im Kanton Bern, werden jährlich dreistellige Millionenbeträge investiert, aufgewendet und herumgeschoben. Bei einem Kanton mit einer finanziell angespannten Situation muss man sich tatsächlich fragen, welche finanziellen oder anderen Möglichkeiten er hat, um solche Trends zu beeinflussen. Wahrscheinlich können wir wenig bis gar nichts bewirken, da wir wissen, dass zum Beispiel die Werbegelder immer mehr von Bern nach Palo Alto oder Menlo Park, Kalifornien, abwandern, dort, wo sich die Hauptsitze der grossen meinungsbildenden Plattformen befinden, die wir heutzutage haben. Diese Meinungsbildung und der Austausch der Information über die elektronischen Medien verstärken sich immer mehr und eben auch die Werbung. Wahrscheinlich sind auch unter uns viele, die ihre Wahlwerbung zum Beispiel über Facebook oder Twitter machen.

Schliesslich gibt es immer noch Stimmen, die sagen: «Was wir auch immer tun, wir werden zu spät kommen.» Die Dynamik in dieser Branche ist so hoch und die Entwicklungen derart rasant, dass man ohnehin zu spät kommt, wenn man zum Beispiel als Gesetzgeber auf gewisse Voraussetzungen angewiesen ist, die man zuerst schaffen muss, bevor Förderungen erfolgen können. In diesem Sinn ist vielleicht auch noch eine leise Kritik am Bericht anzumerken, dahingehend, dass die Perspektive «Was ist in den nächsten fünf bis zehn Jahren zu erwarten?» tatsächlich nicht gewagt wurde. Zugegeben, dies wäre sehr schwierig, aber einzelne Hinweise wären doch spannend gewesen.

Aus dem Bericht ist ersichtlich, dass der Regierungsrat verschiedene Massnahmen vorschlägt – direkte Massnahmen, wie zum Beispiel die finanzielle Unterstützung von Onlinemedien, der Kauf von Werbeflächen oder Beiträge an Lohnkosten von Medienschaffenden. Der Regierungsrat kommt jedoch zum Schluss, dass er diese direkten Massnahmen nicht angehen möchte. Vielmehr sagt er: «Versuchen wir es über den indirekten Weg.» Zum Beispiel ... Nein, entschuldigen Sie. Ich muss nochmals zurück. Die Begründung, weshalb die Regierung die direkten Massnahmen nicht machen will, ist eben die Gefährdung der freien Meinungsbildung unter dem starken Einfluss des Staats, quasi durch eine ungebührliche Beeinflussung nach dem Motto «wer zahlt, befiehlt» sowie Fragen der Wettbewerbsverzerrung.

Wir können auch eine Reihe noch aufrechterhaltener Massnahmen lesen. Diese sind zum Teil jetzt auch in Planungserklärungen eingeflossen. So wie sie jedoch im Bericht stehen, sind es die folgenden vier indirekten Massnahmen, welche vorgeschlagen werden: Erstens ist es die Unterstützung

der Keystone-/SDA-Dienste in Biel und Bern, quasi als Unterstützung eines Zulieferers von Redaktionen, daher indirekt; als Zweites der Aufbau von gemeinsamen Infoplattformen für Medien, Parteien, Verbände und so weiter, also eine Art elektronischer Tausch- und Marktplatz für Informationen; als Drittes schlussendlich die Förderung der Politik- und Medienkompetenz von jungen Nutzerinnen und Nutzern, so wie es zum Beispiel auch der Lehrplan 21 vorsieht. Schliesslich ist als vierte indirekte Massnahmen das Einrichten einer unabhängigen Stiftung vorgesehen, die ihrerseits eben sehr wohl direkte oder indirekte Förderungen vornehmen könnte, ohne dass der Staat diese direkt beschlossen hätte. Voilà. So viel zu den vorgeschlagenen, möglichen Förderungsmassnahmen. Ich gehe jetzt noch nicht weiter darauf ein, weil wir diese bestimmt im Rahmen der Planungserklärungen vertiefen werden. Ich werde dann nochmals zur Kommentierung und Erklärung unserer Planungserklärungen seitens der SAK nach vorne kommen. In diesem Sinn sage ich einfach: Grundsätzlich danken wir schon jetzt sehr herzlich dem Regierungsrat, der Staatskanzlei und allen Beteiligten für die Erarbeitung dieses Berichts. Natürlich empfehlen wir Eintreten und sind gespannt auf eine spannende Diskussion. Danke.

Präsident. Wir kommen zu den Fraktionssprechenden zum Bericht oder zu Grundsätzen. Ich gebe zuerst Marc Jost für die EVP das Wort. Wenn Sie nur zu den Planungserklärungen sprechen und noch ein paar Sätze zum Grundsätzlichen sagen möchten, können Sie dies selbstverständlich auch in der zweiten Runde tun, wenn Sie dies möchten.

Marc Jost, Thun (EVP). Die EVP begrüsst den Bericht zur Medienförderung und nimmt ihn zur Kenntnis. Wir gehen mit der Analyse des Regierungsrates einig, auch so, wie es der Kommissionsprecher geschildert hat. Der Bericht geht auf die Realität ein und blickt auch den neuen Herausforderungen direkt in die Augen. Ein besonderer Augenöffner war für uns sicher die Tatsache in der Studie, die ein besonderes Augenmerk auf die junge Bevölkerungsschicht legt, zwischen 15 und 30 Jahren. Es ist schon erschreckend, wenn man feststellt, dass mehr als die Hälfte, also 56 Prozent der 15- bis 30-Jährigen, sich heute ausschliesslich – ausschliesslich! – über soziale Medien informiert und in diesem Sinn in Kauf nimmt, dass sie sich in einer möglicherweise ideologischen Wolke bewegt und weniger mit auch anderen Meinungen konfrontiert wird oder gar nicht direkt mit Medien, die nicht bereits kommentiert oder gefiltert sind. Dies ist ein äusserst wichtiger Punkt, den man ernst nehmen muss, wenn man über Massnahmen nachdenkt. Weitere Punkte, die erwähnt wurden, geben auch uns zu denken, so die Entwicklung, dass mehr und mehr finanzielle Werbemittel, die bis anhin unsere Medien mitfinanzierten, ins Ausland abfliessen. Es sind immense Summen, die abfliessen. Dies muss uns zu denken geben, dahingehend, wie wir jetzt als Berner oder als Schweizer darauf reagieren wollen.

Auch der Trend von print zu digital ist eine Tatsache, die man berücksichtigen muss. Wir stehen in der Verantwortung zu überlegen, welches unter diesen neuen Voraussetzungen angemessene Massnahmen sind. Schliesslich als letzter Trend «von bezahlt zu gratis», respektive wie man wieder zurückkommen und den Nutzer dazu bewegen kann, dass er für gute Informationen und Nachrichten etwas bezahlt: Dies darf uns nicht kalt lassen. Wir teilen also die Analyse. Die EVP unterstützt deshalb grundsätzlich indirekte Massnahmen, das heisst, dass man indirekte Massnahmen prüft. Im Einzelnen werde ich bei den Planungserklärungen darauf zu sprechen kommen.

Präsident. Für die SP-JUSO-PSA, Karin Fisli.

Karin Fisli, Meikirch (SP). Medienvielfalt und unabhängige Medien sind ein wertvolles Gut, welches wir in der Schweiz, aber auch im Kanton Bern pflegen müssen. Der Qualitätsjournalismus und die Medienvielfalt geraten auch in unserem Kanton vermehrt unter Druck. Die vierte Gewalt muss frei von Interessenseinflussnahme Bericht erstatten können. Für die SP ist Information ein medialer Service public und somit von zentraler Wichtigkeit für unsere Demokratie.

Der Medienstandort Bern wird aber in letzter Zeit laufend geschwächt. Wir alle kennen das Vorhaben, einen Teil des Radiostudios Bern nach Zürich umzusiedeln, oder wissen um die Schaffung einer Zentralredaktion von Tamedia in Zürich. Die regionale Berichterstattung kommt durch diese Konzentration zu kurz. Zeitungsberichte werden je länger desto mehr weit weg von Bern geschrieben. In unserem Kanton herrscht unterdurchschnittlicher Newskonsum und geringes politisches Wissen. Die Teilnahme an Abstimmungen und Wahlen ist tief, und das Vertrauen in die staatstragenden Institutionen gering. Vor allem Jugendliche und junge Erwachsene wenden sich von Printmedien ab und sind oft überfordert mit dem Wahrheitsgehalt von digitalen Neuigkeiten.

Die SP-JUSO-PSA unterstützt deshalb den Regierungsrat in seiner Absicht, die Medien als wichtigen Grundpfeiler unserer Demokratie zu stärken. Für uns ist es zentral, den unabhängigen, sachlichen und wahrheitsgetreuen Journalismus zu fördern, damit sich Bürgerinnen und Bürger unseres Kantons ihr eigenes Urteil und ihre eigene Meinung bilden können. Die SP-JUSO-PSA-Fraktion unterstützt die vorgeschlagenen indirekten Massnahmen des Regierungsrates ausdrücklich und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Markus Aebi, Hellsau (SVP). Zuerst meine Interessenbindung: Ich bin Verwaltungsratspräsident eines Medienunternehmens und somit auch direkt betroffen von den Fragen der Medienunterstützung. Worum geht es? – Geht es um Medienvielfalt? Oder geht es um die Berichterstattung über kantonale Tätigkeiten, sei es betreffend den Grossen Rat und so weiter? – Dies ist die Frage, die man, wie ich herausgespürt habe, differenzierter diskutieren sollte.

Ich komme zum Bericht selbst. Dieser Bericht zeigt auf, in welchen Veränderungsprozessen Verlage in der heutigen Zeit sind. Die Digitalisierung und die Veränderung des Medienkonsums innerhalb der Gesellschaft sind Megatrends. Diese werden charakterisiert durch sinkende Abonnementszahlen und wegbrechende Einnahmen im Werbebereich. Ich gebe ein Beispiel: Die Publicitas war bis vor Jahren ein Fels in der Brandung im Werbemarkt, ging aber letztes Jahr Konkurs. Dafür werden rund 4 Mrd. Franken Werbegelder aus der Schweiz Richtung Kalifornien abfliessen. Diese Veränderungen – wir nennen diese «digitale Transformation» – sind für viele kleinere und mittlere Verlage eine Riesenherausforderung und führen diese mehr oder weniger an ihre Existenzgrenzen. Die digitalen Bezahlangebote und Werbung, die man heute mittlerweile machen kann, decken aber die Investitionskosten der Verlage in den digitalen Wandel bei Weitem nicht.

Ich muss Ihnen sagen: Dieser Prozess ist nicht zu Ende. Damit nehme ich Bezug auf die Frage von Christoph Grupp, dem Sprecher der SAK, bezüglich des Ausblicks «Wo führt dies hin?». Ich glaube, es weiss noch niemand, wohin dies führt. Ich kann Ihnen sagen: Auch im nächsten Jahr wird es gewaltige Veränderungen in der Medienlandschaft geben. Deshalb ist es relativ unsicher.

Was wir hier vergessen haben, ist, dass der Bund ein grosses Engagement bei der Unterstützung der Medienbranche leistet, sei es mit der direkten Unterstützung von Finanzprogrammen oder auch der Verteilungskosten der Zeitungen. Ich denke, damit ist bereits relativ viel gemacht. Aus Sicht der SVP gibt es nicht viele Gründe, hier noch eine kantonale Medienunterstützung ins Auge zu fassen. Es gibt zwei Ausnahmen. Das heisst, die SVP nimmt diesen Bericht zur Kenntnis, lehnt aber die Medienunterstützung im Grundsatz ab. Weshalb? – Für uns gibt es drei Gründe. Erstens ist es eine Bundesaufgabe; zweitens reichen die kantonalen Mittel bei Weitem nicht aus, um den Prozess, der jetzt im Gang ist, zu stoppen; drittens ist der Wirkungsgrad von indirekten finanziellen Unterstützungen einfach viel zu gering.

Ich komme zu den Planungserklärungen. Die Planungserklärung 1 ... *(Der Präsident unterbricht den Redner und bittet ihn, sich im Rahmen der Detailberatung zu den Planungserklärungen zu äussern. / Le président interrompt l'orateur et le prie d'intervenir au sujet des déclarations de planification lors de la délibération par article.)* Okay, danke. Damit wäre ich am Schluss.

Natalie Imboden, Bern (Grüne). Für die grüne Fraktion ist es eine wichtige Debatte, die wir heute über diesen Bericht führen. Dies natürlich, weil es zum einen um Medien geht. Es geht aber um mehr – es geht um staatspolitische, aber auch um demokratiepolitische Aspekte. Mit dem Begriff «vierte Gewalt» wurde dies vorhin bereits erwähnt. Eine Demokratie, welche keine vierte Gewalt hat, die genau hinsieht, die kritisch hinterfragt, die nicht einfach das, was die Regierung kommuniziert oder Parlamentarier einfach sagen, für wahr annimmt, sondern es in einen Kontext stellt, eben auch hinterfragt: Ohne die vierte Gewalt würde das Staatswesen in einer Demokratie nicht funktionieren. Dies wissen wir alle genau, und es ist auch unabhängig von links oder rechts. Denn wer dies negiert, nimmt in Kauf, dass wir eben die kritische Aussensicht nicht mehr haben.

Die grüne Fraktion ist froh, dass wir heute diskutieren können, und zwar länger als in 2-Minuten-Statements. Daher ist eine Debatte hier richtig. Wir danken den Autorinnen und Autoren dieses Berichts, der Regierung und auch der Staatskanzlei. Sie haben Dinge aufgearbeitet, dargelegt, wie die Situation im Kanton Bern ist, und machen uns auch Vorschläge. Darum handelt es sich hier; es handelt sich um Möglichkeiten, die dargelegt werden, zur direkten oder indirekten Medienförderung, die hier und jetzt beurteilt werden müssen. Für die grüne Fraktion ist die Frage der Digitalisierung, jetzt im Bereich der Medien, ein Faktum. Ich glaube, darüber müssen wir nicht mehr zu diskutieren. Es ist so. Dabei sehen wir auch durchaus Chancen – Chancen, wenn die Jungen andere Informationen konsumieren. Dies ist für uns nicht negativ zu beurteilen, es ist einfach eine Veränderung des

Medienkonsums. Aber – und dies ist uns sehr bewusst, wir haben es vorhin an den Zahlen gehört: Es ist dann tatsächlich ein Problem, wenn man sich nur noch in solchen Datenfriedhöfen, Daten-Bubbles oder Copy-paste-Kontexten bewegt und eben nicht mehr ungefilterte, kritisch hinterfragte Information, auch gegenteilige Dinge mitkriegt. Dort beginnt das Problem. Daher ist es durchaus – hier teilen wir auch die Analyse ... Wir haben Schwierigkeiten, wenn eine ganze Generation heute nicht mehr mit Medien umgehen kann, respektive das Gefühl hat, alles, was in Gratismedien stehe, sei eben gratis. Dies ist, so denke ich, eine der grossen Schwierigkeiten in diesem Bereich: Information ist nämlich nie gratis zu haben. Schon nur der Titel von Gratis-Zeitungen verwischt genau das, was das Problem ist. Sie werden über andere Kanäle finanziert, über Werbung. Man hat Abhängigkeiten. Ich denke, es ist daher etwas vom Wichtigsten, Informationen auch staatspolitischer Art zu klären. Es gibt keine Information zum Gratistarif, zum Nulltarif. Qualität hat ihren Preis. Darum ist es auch wichtig, dass Qualitätsjournalismus gefördert wird.

Der vierte Punkt ist die Frage von national oder international: Wenn ich vorhin gehört habe, wir könnten im Kanton Bern nichts tun – ich glaube, der Kanton Bern hat eben eine spezielle Ausgangslage, einerseits als sehr vielfältiger, sehr feingliedriger Kanton, auch mit der Zweisprachigkeit –, haben wir durchaus ein Problem, wenn alles nur noch in Leutschenbach oder sonst wo in Zürich koordiniert wird. Ich sage nicht, dort arbeiteten nicht gute Journalistinnen und Journalisten. Diese machen ihren Job gut. Für diese ist das Diemtigtal wahrscheinlich weiter entfernt als New York. Auch dass man im Kanton Bern noch die Zweisprachigkeit pflegt, ist vielleicht nicht immer gleichbedeutend. Wenn man sieht, dass grosse Medienhäuser heute zum Teil die Mehrheit ihrer Ressourcen, ihres Geldes, in anderen Bereichen machen, fragt man sich manchmal auch, wo denn die Prioritäten liegen, wenn man gleichzeitig Streaming und jene Dinge macht. Ich sage dem ... Man kann auch sagen, wofür es geht: Ricardo. Man kann zehntausend Dinge kaufen, aber die Medien sind nicht mehr im Zentrum.

Ich komme zum Schluss. Für die grüne Fraktion ist es wichtig, dass wir hier ein kritisches Auge darauf haben, dass die öffentliche Hand, hier zu unterstützen versucht, hier mit Massnahmen einzuwirken versucht. Uns ist es sehr bewusst: Es ist nicht der Kanton Bern, der dieses Problem allein lösen kann. Aber zu sagen, alle andere seien nur gemeint, löst das Problem auch nicht.

Vielleicht noch als letzter Punkt, zur Frage der Digitalisierung: Ja, es ist ein Problem, wenn alles nach Kalifornien fliesst. Aber vielleicht ist es auch wichtig, dass wir hier diejenigen unterstützen, die gerade auch im digitalen Bereich gute Medienarbeit machen und hier das leisten, was auch die gedruckte Presse tut, nämlich tagtäglich ein harter Job, um uns Informationen zu liefern und der Demokratie Informationen zur Verfügung zu stellen. Deshalb nehmen wir den Bericht so positiv zur Kenntnis. Zu den einzelnen Forderungen werden wir uns danach bei den Planungserklärungen noch äussern.

Virginie Heyer, Perrefitte (PLR). Le groupe PLR a pris connaissance du rapport du Conseil-exécutif sur la thématique de l'aide aux médias. De manière générale, nous sommes favorables à un soutien indirect par le canton, vu l'évolution des habitudes de consommation de la population et vu les nouvelles possibilités de communication ayant fait leur place dans le paysage médiatique ces dernières décennies, souvent au détriment des médias classiques. Nous estimons que le Conseil-exécutif doit prendre des dispositions pour soutenir les médias sur son territoire, sans que cela ne le mette dans une position inconfortable. C'est pourquoi nous privilégions l'étude de moyens d'aide indirects.

Nous soutenons en particulier l'examen d'une aide financière aux services de base de Keystone-ATS à Berne et à Bienne ainsi que la promotion des compétences politiques et médiatiques dans le cadre de la formation scolaire des jeunes. Nous sommes moins enthousiastes en ce qui concerne la création de plateformes d'information en ligne, et rejetons clairement la création d'une fondation pour l'aide aux médias qui ne pourrait être neutre selon nous. Nous rejetons également les propositions d'aide indirecte de deuxième priorité mentionnées dans le rapport.

Nous soulignons enfin tout particulièrement la volonté de soutien aux médias francophones et encourageons vivement le Conseil-exécutif à proposer et à mettre en œuvre des mesures sans plus tarder. Dans ce sens, le groupe PLR prendra connaissance du rapport et, je tiens à le dire dès à présent, on économisera du temps de parole sur la session en ne revenant pas parler en détail des déclarations de planifications. Je peux vous dire que nous soutenons celle de la CIRE et rejetons les trois autres. Je vous remercie de votre attention.

Barbara Stucki, Stettlen (glp). Die Medien haben die Aufgabe, als vierte Staatsgewalt über die Arbeit in der Politik zu berichten. Darunter verstehen wir nicht das Publizieren offizieller Statements

und Medienmitteilungen von Parlament, Regierung und Parteien. Darunter verstehen wir insbesondere eine kritische Auseinandersetzung mit der Arbeit der politischen Akteure. Die Medien sollen eine Grundlage bilden für eine Meinungsbildung in der Bevölkerung. Damit die Medien diese kritische Rolle einnehmen können, müssen sie zwingend unabhängig bleiben, das heisst auch unabhängig von staatlicher Finanzierung. Die Gp-Fraktion wird den Bericht zur Kenntnis nehmen und empfiehlt Ihnen ebenfalls die Kenntnisnahme.

Jakob Schwarz, Adelboden (EDU). Auch die EDU-Fraktion bedankt sich beim Regierungsrat für den ausführlichen Bericht zu den Möglichkeiten einer Medienförderung durch den Kanton Bern. Der Kommissionssprecher hat die Situation aus unserer Sicht gut dargestellt, er hat auch die Vor- und Nachteile aufgezeigt. Wir begrüßen und unterstützen auch die kritische Haltung des Regierungsrates gegenüber einer direkten Medienförderung. Auch wenn uns die Entwicklung der Medienlandschaft Sorgen bereitet, sind wir gegenüber einem direkten Einfluss der Politik auf die Medienlandschaft sehr kritisch eingestellt. Eine indirekte Förderung können wir uns aber teilweise vorstellen. Deshalb werden wir vor allem eine vorgeschlagene Massnahme, die indirekte Medienförderung, unterstützen. Den anderen Massnahmen stehen wir kritisch bis ablehnend gegenüber. Die EDU-Fraktion wird den Bericht zur Kenntnis nehmen.

Vania Kohli, Bern (BDP). Die BDP-Fraktion dankt ebenfalls dem Regierungsrat und der Verwaltung für diesen guten Bericht über die Möglichkeiten, welche der Kanton Bern für die Medienförderung hätte. Besonders aber danken wir für die Einsicht, dass er keine direkte Medienförderung will. Diese Meinung teilt die BDP-Fraktion voll und ganz.

Der Medienkonsum hat sich seit dem mobilen Internet natürlich stark verändert, und die BDP-Fraktion ist sich nicht sicher, ob man dieser gesellschaftspolitischen Entwicklung sogar mit indirekter Medienförderung entgegenwirken könnte. Wir sind aber der Ansicht, dass wir ein waches Auge darauf halten sollten, und werden deshalb ... Nein, zu den Planungserklärungen sage ich später etwas. Wir nehmen den Bericht einstimmig zur Kenntnis.

Präsident. Noch für die SP-JUSO-PSA, Mirjam Veglio.

Mirjam Veglio, Zollikofen (SP). Ich gebe meine Interessenbindung bekannt: Ich bin Vorstandsmitglied der SRG Bern-Freiburg-Wallis, wozu unter anderem auch das Regionaljournal gehört, die regionale Berichterstattung, die ich persönlich ganz wichtig finde.

Die Konzentration der Medien schreitet voran, in der Schweiz, aber auch im Kanton Bern. Ein aktuelles Beispiel der Schwächung des Medienstandorts Bern ist eben eine Teilverlegung des Radiostudios Bern nach Zürich. Darüber hatten wir in diesem Rat auch schon debattiert. Diese Entwicklung muss uns allen wirklich Sorge bereiten. Qualitätsjournalismus lebt vom Wettbewerb, vom Wettstreit der besten Ideen, von seriösen Recherchen und unabhängiger Berichterstattung. Die Tendenz in der Medienlandschaft geht leider in Richtung Konzentration – alles aus einer Küche, sprich Einheitsbrei. Dies kann nicht in unserem Interesse sein. Vor allem kommt dadurch die regionale und lokale Berichterstattung weiter unter Druck. Eine gezielte Medienförderung ist deshalb in unser aller Interesse – für eine unabhängige Meinungsbildung, für eine starke Demokratie. Deshalb unterstützen wir dies vonseiten der SP-JUSO-PSA-Fraktion.

Präsident. Somit sind wir am Ende der Grundsatzdebatte angelangt. Wir kommen zu den Planungserklärungen. Diese würden wir zusammen behandeln. Ich gebe zuerst wiederum ... Nein, entschuldigen Sie! Ich habe etwas völlig vergessen: Wir kommen nicht zu den Planungserklärungen, sondern zum Staatsschreiber, Christoph Auer.

Christoph Auer, Staatsschreiber. Ein demokratischer Rechtsstaat wie die Schweiz ist auf funktionierende Medien angewiesen, und ein demokratischer Rechtsstaat wie der Kanton Bern ist ebenfalls auf funktionierende Medien angewiesen – auf Medien mit Journalisten und Journalistinnen, welche die staatlichen Informationen einordnen, diese Informationen erläutern, nachfragen und die Informationen infrage stellen und auch Informationen des Staats Meinungen einer Minderheit gegenüberstellen, dazu eine Podiumsdiskussion, eine «Arena» durchführen. Auf Journalistinnen und Journalisten ist unser System angewiesen.

Wir sehen alle täglich, dass es auch anders ginge, gerade in der heutigen Zeit, wo Internet und Online-Kommunikation erlauben, dass der Staat direkt mit den Bürgern und Bürgerinnen kommuniziert.

Ein Präsident der Vereinigten Staaten ist aus seiner Sicht nicht mehr auf eine «New York Times» angewiesen; er ist nicht mehr auf eine «Washington Post» angewiesen, und er ist nicht mehr auf «CNN» angewiesen. Mit den heutigen Mitteln kann er direkt kommunizieren, direkt an die Bürgerinnen und Bürger gelangen – über Social Media wie Twitter und über andere Online-Kanäle. Es gäbe also schon einen funktionierenden Weg von Informationen des Staats zu den Bürgerinnen und Bürgern. Wir sehen jedoch täglich, was geschieht, welche Risiken damit verbunden sind, wenn die Medien nicht mehr da sind und nicht mehr benutzt werden, wenn der Staat eben direkt kommuniziert. Falschmeldungen und Falschinformationen können so nicht mehr bei den Bürgerinnen und Bürgern infrage gestellt, nicht mehr korrigiert werden.

Ich habe gesagt, ein demokratischer Rechtsstaat sei auf Medien angewiesen. Dies gilt ganz besonders für einen direktdemokratischen Staat wie es die Schweiz ist, wie es der Kanton Bern ist. In unserem Staat haben wir ja drei Staatsorgane, welche die Gesellschaft gestalten und mitwirken. Wir haben die Regierung, wir haben das Parlament, und wir haben die Stimmbürgerschaft. Anders als die Regierung und das Parlament verfügt die Stimmbürgerschaft nicht über eine Verwaltung, die ihr die Dinge aufbereitet; die Stimmbürgerschaft verfügt nicht über parlamentarische Kommissionen, welche die Entscheidungsfindung vorbereiten. Die Stimmbürgerschaft hat nur etwas, nämlich öffentlich zugängliche Informationen. Dies ist das Einzige, was die Stimmbürgerschaft hat, dasjenige Organ im Staat, das bei uns die wichtigsten Entscheidungen trifft, bei uns in einer direkten Demokratie: die wichtigste Entscheidung, dass die Informationen, welche sie haben, bevor sie abstimmen, einordnen können, dass sie diese verstehen, dass diese Informationen korrekt sind. Deshalb sind die Medien gerade in der Schweiz und gerade im Kanton Bern besonders wichtig.

Wir haben es vorhin gehört, und es steht im Bericht: Medien, die immer mehr zurückgehen, die immer mehr konzentrieren. Markus Aebi hat zu Recht gesagt, es sei ein Megatrend. Er hat gesagt, es sei eine gewaltige Entwicklung. Auch hat er gesagt, diese Entwicklung gehe weiter. Die Regierung teilt diese Auffassung. Diese Entwicklung wird weitergehen, diese wird rasant weitergehen. Es wurde auch zu Recht gesagt, es sei schwierig, diese Entwicklung aufzuhalten. Gerade weil es ein dermassen elementares Gut ist in unserem Rechtsstaat, dass die Informationen verlässlich und eingeordnet sind und dass es qualifiziert ausgebildete Leute gibt, die diese Informationen aufbereiten – gerade deshalb ist es notwendig, dass der Staat handelt, wenngleich diese Entwicklung schnell geht. Deshalb schlägt Ihnen der Regierungsrat vier Massnahmen vor, vier Massnahmen der indirekten Medienförderung. Ich kann Ihnen versichern: Alle diese Massnahmen werden nochmals hier im Grossen Rat beraten werden. Was die Regierung im Moment anstrebt, ist nichts anderes als eine Rechtsgrundlage zu schaffen, ein Gesetz zu schaffen, damit man dann gestützt auf diese Rechtsgrundlage handeln kann. Sie werden dieses Gesetz nochmals sehen; Sie werden es beraten können. Auch die finanziellen Ausgaben, die dann getätigt werden müssten, werden selbstverständlich durch die kompetenten Organe beschlossen werden.

Dieser Weg gibt uns auch die Gelegenheit, uns mit dem zu koordinieren, was der Bund macht, und auf diesem Weg zu schauen, welches denn wirklich die richtigen Massnahmen sind und welche Massnahmen wirklich etwas bringen. Ich glaube, es ist wichtig, dass gerade der Kanton Bern sich dieses Themas ebenfalls annimmt. Über Bundesratswahlen wird in diesem Land immer berichtet werden; darüber mache ich mir keine Sorgen. Diese sind so wichtig, dass die Informationen irgendwie bei den Bürgern und Bürgerinnen ankommen. Allerdings mache ich mir wegen den kantonalen und regionalen Themen Sorgen. Hier geht die Berichterstattung zurück, das stellt man bereits heute fest. Die Gemeinden, die unterste Staatsebene, finden vielleicht auch noch einen Weg, direkt mit einem Gemeindeblatt an ihre Bürger und Bürgerinnen, die sie vielleicht kennen, zu gelangen. Für den Kanton, der in der Mitte ist, ist es eigentlich beinahe am dramatischsten, dass die regionalen Berichte, die regionalen, die kantonalen Nachrichten auf einmal nicht mehr in den Medien erscheinen, weil es gar keine Medien mehr gibt. Deshalb hat die Regierung Massnahmen vorgeschlagen, welche eben auf der Staatsebene des Kantons Bern ansetzen sollen. Mit einer Unterstützung der lokalen Nachrichtenagenturen, also jener Büros und Agenturen, die quasi den Rohstoff an alle Lokalradios liefern, sei es im Berner Oberland, sei es im Oberraargau ... Diese geben den Rohstoff an alle Medienhäuser weiter und entlasten deshalb die Medien. Wenn der Staat dort, auf neutraler Ebene, diese Nachrichtenagenturen, beispielsweise mit einem Leistungsvertrag, unterstützen könnte, so wie es der Bund tut, käme dies unseren lokalen Medien im Kanton, welche über das kantonale und regionale Geschehen berichten, zugute.

Oder was auch erwähnt wurde: Wenn unsere jungen Erwachsenen mit dieser neuen Situation umzugehen lernen, wenn sie zu unterscheiden lernen zwischen Nachrichten, die eben journalistisch aufbereitet sind, und Nachrichten, die es nicht sind – wenn sie diese Nutzung lernen, damit umzugehen

lernen, wobei Medienmündigkeit und Medienkompetenz wichtige Stichworte sind –, dann ist auf diesem Weg auch etwas gewonnen. Deshalb ist die zweite Massnahme die Unterstützung der Medienkompetenz zu fördern, beispielsweise mit Mitteln wie einem Politforum, beispielsweise über die Bildung.

Dritte Massnahme ist die Plattform, welche bereits erwähnt wurde. Hier ist noch vieles offen. Es ist eine Massnahme, welche die Wissenschaft empfiehlt, und der Regierungsrat möchte gerne weiter überlegen, ob es eine Möglichkeit sein könnte.

Schliesslich zur Massnahme der Stiftung, die bereits angesprochen wurde, wobei einzelne Fraktionen kritisch oder ablehnend gegenüber einer Stiftung eingestellt sind: Diese Stiftung will nichts anderes als eigentlich zwei Dinge erreichen: Sie möchte erreichen, dass der Staat nicht direkt Geld gibt, beispielsweise an ein Medieninstitut oder an ein Medienhaus, sondern dass es die unabhängige Stiftung macht und der Staat nicht eingreifen kann. Das Zweite, was eine Stiftung erreichen könnte, ist, dass andere Geldgeber, die sich auch Sorgen machen, sich an einer Kofinanzierung beteiligen könnten. Wir haben Signale von anderen Körperschaften – dies darf ich hier sagen –, die in die gleiche Richtung denken und bereit wären, sich an einer Stiftung zu beteiligen, wenn sich ein Kanton, auch eine Gemeinde daran beteiligen würden. Deshalb ist diese Stiftung eigentlich ein Vehikel, um andere Medienförderungsmassnahmen, wie beispielsweise das Verbessern der Ausbildung und der Medienkompetenz der Jungen anzugehen.

Ich ersuche Sie deshalb, diesem Bericht des Kantons Bern zuzustimmen. Ich durfte mit Freude zur Kenntnis nehmen, dass die meisten Sprecherinnen und Sprecher und die Fraktionen diesen Bericht unterstützen. Auch wäre ich froh, wenn Sie den Planungserklärungen, welche den Bericht unterstützen, zustimmten, um so gemeinsam mit dem Regierungsrat das Startsignal zu geben, in diesem Bereich weitere Überlegungen anzustellen, das heisst eine Rechtsgrundlage zu schaffen. Diese Rechtsgrundlage kann man später immer noch ablehnen. Man sollte aber nicht schon jetzt aufgeben, sondern die Entwicklung staatlich zu beeinflussen versuchen, auch wenn es schwierig ist, auch wenn sich das Medienverhalten der jungen Leute ändert. Man kann sich zu Recht fragen: Weshalb unterstützten wir die Medien noch, wenn niemand mehr diese Medien liest? – Man muss etwas tun, mindestens für die nächsten zehn bis fünfzehn Jahre, für diese Übergangszeit, bis vielleicht andere Massnahmen, welche wir uns jetzt noch nicht vorstellen können, greifen könnten. Dies, damit unser demokratischer Rechtsstaat auch weiterhin funktioniert.

Präsident. Eine kurze Klammerbemerkung zur Akustik: Dieser Saal wurde einmal dafür erbaut, um ihn ohne Lautsprecheranlage zu benützen. Deshalb hat er diese Form. Die Akustik nimmt dummerweise noch einen zweiten Weg; sie funktioniert auch rückwärts. Wenn Sie sich mit dem Nachbarn, der Nachbarin unterhalten, schlägt dies alles nach vorne zurück, auch auf die Mikrofone der Protokollführenden. Dies führt dann zu sehr schwierigen Situationen. Ich möchte Sie bitten, Gespräche draussen zu führen. Wenn Sie hier im Saal zusammen sprechen oder zusammen sprechen müssen, bitte ich Sie, zu flüstern. Vielen Dank.

Jetzt kommen wir zu den Planungserklärungen. Zuerst gebe ich wieder dem Kommissionssprecher das Wort. Bitte loggen Sie sich rasch in die Rednerliste ein. (*Kurze Unterbrechung wegen eines technischen Problems. / Courte interruption en raison d'un problème technique.*) Herr Grupp, Sie haben das Wort.

Detailberatung / Délibération par article

Planungserklärung SAK (Grupp, Biel/Bienne) – Nr. 1

Der Regierungsrat trägt der grossen Bedeutung eines unabhängigen, vielfältigen Qualitätsjournalismus für das Funktionieren des demokratischen Staates Rechnung und prüft entsprechende Massnahmen.

Déclaration de planification de la CIRE (Grupp, Biel/Bienne) – n° 1

Le Conseil-exécutif tient compte de l'importance marquée d'un journalisme de qualité varié et indépendant pour le fonctionnement de l'Etat de droit et étudie des mesures à cet effet.

Planungserklärung SAK (Grupp, Biel/Bienne) – Nr. 2

Der Regierungsrat prüft die im Bericht unter 6.2.1 erwähnten indirekten Massnahmen zur Förderung der beiden regionalen SDA/Keystone-Büros in Bern und Biel.

Déclaration de planification de la CIRE (Grupp, Biel/Bienne) – n° 2

Le Conseil-exécutif étudie les aides indirectes aux deux bureaux régionaux Keystone-ATS à Berne et à Bienne mentionnées au chiffre 6.2.1 du rapport.

Planungserklärung EDU (Schwarz, Adelboden) – Nr. 2.a

Der Regierungsrat prüft die im Bericht unter 6.2.1 erwähnten indirekten Massnahmen zur Förderung der beiden regionalen SDA/Keystone-Büros in Bern und Biel. Voraussetzung für einen direkten Förderbeitrag ist der Abschluss einer Leistungsvereinbarung.

Déclaration de planification UDF (Schwarz, Adelboden) – n° 2.a

Le Conseil-exécutif examine les mesures indirectes – mentionnées au point 6.2.1 du rapport – d'aide aux deux bureaux régionaux de Keystone-ATS à Berne et à Bienne. Une contribution d'aide directe ne pourra être versée qu'après la conclusion d'une convention de prestations.

Planungserklärung SAK (Grupp, Biel/Bienne) – Nr. 3

Der Regierungsrat prüft die im Bericht unter 6.2.3 erwähnten indirekten Massnahmen für eine Verstärkung der Bildungsmassnahmen zur Förderung der Medienkompetenz in Schule und Ausbildung, um bei der jüngeren Generation den Wert journalistisch aufbereiteter Informationen zu verankern und den sachgerechten Umgang mit Medien zu fördern.

Déclaration de planification de la CIRE (Grupp, Biel/Bienne) – n° 3

Le Conseil-exécutif étudie les aides indirectes mentionnées au chiffre 6.2.3 du rapport pour renforcer les mesures destinées à promouvoir les compétences médiatiques des enfants et des jeunes en formation, pour que la jeune génération prenne conscience de la valeur des informations soumises à un traitement journalistique et qu'elle appréhende les médias de manière appropriée.

Planungserklärung Riesen, Bern (SP-JUSO-PSA) – Nr. 4

Der Regierungsrat vertieft die im Bericht unter Massnahme 6.2.4 vorgeschlagene Möglichkeit, eine staatlich alimentierte Stiftung zur Medienförderung aufzubauen. Diese Stiftung soll sich insbesondere (aber nicht nur) an Medien richten, die nicht von der eidgenössischen Abgabe für Radio und Fernsehen profitieren (namentlich die Printmedien). Als Intermediärin zwischen Behörden und Medien gewährleistet die Stiftung die redaktionelle Unabhängigkeit der Medien gegenüber dem Staat.

Déclaration de planification Riesen, Berne (PS-JS-PSA) – n° 4

Selon la mesure 6.2.4 proposée dans le rapport, le Conseil-exécutif approfondit la possibilité de création d'une fondation chargée d'encourager les médias ainsi que l'octroi d'un certain montant. Cette fondation s'adressera en particulier (mais pas uniquement) aux médias ne profitant pas de la redevances fédérale radio-télévision (notamment la presse écrite). Par son rôle d'intermédiaire, l'indépendance rédactionnelle des médias par rapport à l'Etat sera garantie.

Planungserklärung SP-JUSO-PSA (Gullotti, Tramelan) – Nr. 5

«Kapitel 6.3.4 Medienausbildung mitfinanzieren»: Der Regierungsrat soll die indirekte Medienausbildungsförderung zur ersten Priorität machen und entsprechende Massnahmen ergreifen.

Déclaration de planification PS-JS-PSA (Gullotti, Tramelan) – n° 5

«Point 6.3.4 Cofinancer la formation des journalistes»: Le Conseil exécutif doit faire une première priorité de l'aide indirecte à l'encouragement à la formation individuelle et prendre les mesures nécessaires.

Planungserklärung SAK (Grupp, Biel/Bienne) – Nr. 6

Der Regierungsrat verfolgt die Entwicklung insbesondere der geschriebenen Presse im französischsprachigen Kantonsteil aufmerksam und prüft entsprechende Massnahmen zu deren Förderung.

Déclaration de planification de la CIRE (Grupp, Biel/Bienne) – n° 6

Le Conseil-exécutif suit attentivement l'évolution en particulier de la presse écrite dans la partie francophone du canton et étudie comment l'encourager.

Planungserklärung SAK (Grupp, Biel/Bienne) – Nr. 7

Der Kanton setzt seine aktive Informationspolitik fort und intensiviert dabei seine direkte Kommunikation zu kantonalen Informationen, insbesondere via Online-Kanäle. Er gewährleistet Qualität und Ausgewogenheit seiner Informationen und schafft so die Grundlage für eine freie Meinungsbildung.

Déclaration de planification de la CIRE (Grupp, Biel/Bienne) – n° 7

Le canton poursuit sa politique d'information active et intensifie à cet égard sa communication directe d'informations cantonales, en particulier en ligne. Il diffuse des informations de qualité et équilibrées, créant ainsi les conditions d'une libre formation de l'opinion.

Christoph Grupp, Biel/Bienne (Grüne), Kommissionssprecher der SAK. Wir haben es gehört: Die Erwartung seitens der Regierung an uns, den Grossen Rat, ist, dass wir uns zu dieser Grundstossrichtung zur Medienförderung im Kanton Bern äussern: gar nichts unternehmen, direkte Massnahmen ins Auge fassen, indirekte Förderungen.

Wie Sie den Anträgen entnehmen können, empfiehlt die SAK, die Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen, mit der ersten Planungserklärung gleich eine Art Grundauftrag zur weiteren Prüfung von Massnahmen zwecks Erhalts eines unabhängigen, vielfältigen und qualitativ hochstehenden Journalismus. Hiermit ist eigentlich auch gesagt, dass die Mehrheit der Kommission empfiehlt, dass wir eintreten und eben weitere Planungserklärungen formulieren, damit die begonnene Arbeit weitergeht. Die grundsätzliche Kenntnisnahme des Berichts ging in der SAK mit 17 zu 0 Stimmen über die Bühne.

Jetzt komme ich zu den einzelnen Planungserklärungen, wobei ich hier diejenigen der SAK erläutere, aber zu den weiteren sonst nicht Stellung nehme. Denn diese trafen nach der Sitzung der SAK ein. Deshalb gibt es keine konsolidierte Kommissionsmeinung. Ich gehe einzig auf eine ganz kurz ein.

Zur Planungserklärung 1: Dabei handelt es sich um eine Art grundsätzlichen Prüfungsauftrag. Der Regierungsrat soll am Ball bleiben, weil es sich um ein fundamental wichtiges Thema handelt für eine funktionierende Demokratie; in diesem Sinn die Planungserklärung 1 der SAK. Ich zitiere diese nicht, ich habe dies vorhin in Bezug auf den Inhalt getan. Ich kann dazu sagen, dass diese Planungserklärung doch sehr knapp angenommen wurde, nämlich mit 7 Ja zu 7 Nein bei 1 Enthaltung mit dem Stichentscheid des Präsidenten.

Planungserklärung 2: Dort geht es um die Förderung der beiden Keystone-/SDA-Büros in Bern und Biel. Dies wurde bereits in verschiedenen Voten erläutert, und ich bezog mich vorhin auch schon kurz darauf. Es ist also eine Art Zwischenebene, die gefördert werden soll, daher eben auch eine indirekte Förderung. Die Idee wäre, dass diese Büros vermehrt kantonale Themen – oder dass sie überhaupt noch kantonale Themen – aufbereiten und anbieten können für die Redaktionen, welche nicht immer vor Ort sein können. Wir wissen es auch dort: Heutzutage lösen verschiedenste Redaktionen diese Abonnemente aus Kostengründen gar nicht mehr. Deshalb ist die Formulierung, wie sie von der SAK daherkommt, eigentlich eine sehr allgemeine. Sie sagt, der Regierungsrat solle die dort erwähnten Massnahmen prüfen.

Ich nehme hier noch kurz Stellung zum Antrag 2.a, EDU/Schwarz: Zuerst sagten wir, wir könnten unsere Planungserklärung zurückziehen und diese empfehlen. Denn es ist einfach eine Ergänzung. Liest man sie genau, ist es eben mehr und auch etwas anders. Durch den Zusatzsatz «Voraussetzung für einen direkten Förderbeitrag ist der Abschluss einer Leistungsvereinbarung» sind eigentlich zwei Elemente enthalten, die neu sind und die man genau anschauen muss. Das erste Element ist das kurze Wort «direkt». Wenn dies im Sinn einer direkten Förderung daherkommt, fanden wir seitens der SAK, dass es eben nicht das sei, was wir beabsichtigen. Wir möchten nämlich die indirekten Massnahmen, wie es auch der Regierungsrat empfiehlt, in den Vordergrund stellen. Deshalb ist das Wort «direkt» für uns zumindest verwirrend und führt eigentlich in die falsche Richtung. Das Zweite ist die Frage der Leistungsvereinbarung, welche man in diesem Fall, wie es hier stipuliert ist, wahrscheinlich direkt mit den Unternehmen eingehen müsste. Einerseits fanden wir, wenn der Kanton Bern Geld an eine Institution gibt, geschehe dies in aller Regel – ich glaube in 99 Prozent aller Fälle – ohnehin mit einer Leistungsvereinbarung. Daher muss man es nicht speziell erwähnen; es würde sowieso gemacht. Andererseits ist die Frage, wenn es der Regierungsrat prüft, ob es tatsächlich eine direkte Leistungsvereinbarung mit den Büros ist, oder ob deren Arbeit, die auch zu den Redaktionen gelangt, zum Beispiel auch über eine andere Gestaltung der Abonnemente, Vergünstigungen oder dergleichen möglich ist. Auch dies wäre eigentlich eine Möglichkeit – und daher allgemein

gehalten – einer Prüfung. Ich möchte Ihnen beliebt machen, dort der SAK mit der Planungserklärung 2 zu folgen. Ich kann sagen, dass diese von uns mit 9 Ja zu 5 Nein bei 1 Enthaltung angenommen wurde.

Ich gehe zur Planungserklärung 3 über. Dort geht es darum, dass junge Nutzerinnen und Nutzer vermehrt auch an die Thematik herangeführt werden, damit sie ihr Mediennutzungsverhalten auch reflektieren können, so wie es jetzt eben auch im Lehrplan 21 enthalten ist. Dies einfach im Sinne einer Ermunterung zuhanden des Regierungsrates: Doch, ich finde, dies sei ein guter Weg. Verfolgen Sie diesen weiter. Dort kamen wir auch mit einem 7-zu-7-zu-1-Entscheid mit dem Stichtentscheid des Präsidenten zur Annahme der Planungserklärung 3.

Ich überspringe die beiden von Fraktionen eingereichten Erklärungen, weil wir diese in der SAK eben nicht debattiert haben, und komme zum Punkt 6. In diesem steht, die geschriebene Presse im französischen Kantonsteil – dies zeigt, dass es aus einer Übersetzung kommt, weil «la presse écrite» im Französischen ein stehender Begriff ist und im Deutschen eher als Pleonasmus verstanden wird. «Presse» ist in unserem Sprachverständnis immer gedruckt und geschrieben und würde mit dem neudeutschen Wort «Printmedien» den Nagel auf den Kopf treffen. Es ginge also darum, die Printmedien im französischsprachigen Kantonsteil speziell aufmerksam zu beobachten und – sollte es tatsächlich zu einer Schliessung eines Mediums kommen – zu schauen, ob man dort eingreifen müsste. Wir kommen noch zur Planungserklärung 7. – Übrigens war diese wegen der französischsprachigen Medien bei uns absolut unbestritten. Die Empfehlung zur Annahme der Planungserklärung kam in der Kommission mit 15 zu 0 Stimmen zustande.

Zur Planungserklärung 7: Ich wurde im Vorfeld mehrfach darauf angesprochen, vielleicht auch andere Kommissionsmitglieder. Dort geht es darum, dass seitens des Kantons über Online-Kanäle eine aktive Informationspolitik betrieben würde und dass man dort insbesondere auch die Gewährleistung als eigentlicher Absender von Informationen – also das, was seitens des Kantons hinausgeht –, dass dies in einer entsprechenden Qualität und Verwendbarkeit und vielleicht auch Übersichtlichkeit geschieht.

Natürlich kann man dies nun so interpretieren, dass es eine Art Alternative zur Medienförderung ist. Wenn es der Kanton macht, müssen ja die Medien nicht mehr. Es trat sogar die Befürchtung auf, dass dies auch mit denselben Fördermitteln geschähe und man diese den Medien wieder entzöge. Dies war nicht die Kommissionsmeinung, als wir es so debattierten. Wir sagten einfach: Der Kanton muss dort auch das Seine leisten, damit es gut geschehen kann. In diesem Sinn ist es eher eine parallele Massnahme oder eine flankierende Massnahme. In diesem Sinn bitte ich Sie, auch dieser Planungserklärung der SAK zu folgen. Der Entscheid hierzu fiel mit 13 Ja zu 2 Nein bei 0 Enthaltungen. Danke für die Aufmerksamkeit.

Präsident. Wir kommen zu den Fraktionssprechenden, zuerst zu Jakob Schwarz für die EDU. (*Grossrat Schwarz teilt dem Präsidenten mit, dass er nicht als Fraktionssprecher, sondern als Urheber einer Planungserklärung sprechen wird. / M. le député Schwarz informe le président qu'il n'interviendra pas en fonction de porte-parole du groupe, mais en tant qu'auteur d'une déclaration de planification.*) Entschuldigen Sie, Sie sind Antragsteller. Wir kommen noch zu den Antragstellern. Entschuldigen Sie, ich ging ein wenig zu schnell vorwärts. Antragsteller Jakob Schwarz, bitte.

Jakob Schwarz, Adelboden (EDU). Ich vertrete hier die Planungserklärung 2.a der EDU. Vielleicht vorab zu dem, was der Kommissionssprecher zur Planungserklärung gesagt hat. Wir haben nichts Neues erfunden. Im Bericht des Regierungsrates steht unter dem Punkt 6.2.1: «Mit einem direkten Förderbeitrag des Kantons an die beiden Berner Büros [...] könnte die Agentur die Kosten für ihre Beiträge [...] senken.» Eigentlich haben wir dies eins zu eins abgeschrieben und wollen eigentlich nichts anderes.

Die EDU-Fraktion ist mit der Prüfung einer Unterstützung, wie sie eben die SAK in der Planungserklärung 2 vorgeschlagen hat, grundsätzlich einverstanden. Die SDA ist beispielsweise hier im Grossen Rat lückenlos präsent. Unserer Ansicht nach verfasst sie auch ausgewogene Berichte und ist dem Mainstream noch nicht so stark verfallen. Leider werden die Berichte von den Printmedien oft nicht gebracht oder nur in stark veränderter Form. Trotzdem erachten wir es als wichtig und richtig, dass dieses Angebot weiterhin bestehen bleibt. Wir müssen jedoch wissen: Eigentümer der SDA sind vor allem die grossen Medienhäuser, das heisst klar gewinnorientierte Unternehmen. Eine staatliche Unterstützung gewinnorientierter Unternehmen beurteilen wir kritisch. Deshalb könnten wir den im Bericht erwähnten direkten Förderbeiträgen nur dann zustimmen, wenn eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen wird. Damit kann sichergestellt werden, dass nur das unterstützt wird,

was im Interesse des Kantons liegt. Die Unterstützung kann zeitlich begrenzt werden, und man kann auf veränderte Rahmenbedingungen reagieren. Auch kann ausgeschlossen werden, dass der Kanton Gewinne mitfinanziert. Der Bund, der die SDA mit bis zu 2 Mio. Franken unterstützt, hat dies ebenfalls mit einer Leistungsvereinbarung geregelt, und dies sollten wir dem Regierungsrat auch schon hier als Bedingung mitgeben. Wir bitten Sie um Zustimmung zu unserer Planungserklärung.

Maurane Riesen, Berne (PSA). Il s'agit donc d'une déclaration de planification du groupe PS-JS-PSA. La déclaration de planification est relativement longue, je crois qu'elle parle un peu d'elle-même. Je voudrais cependant ajouter que cette forme de soutien à la presse, que je recommande, a vu le jour dans l'Arc lémanique pour la presse romande. Il s'agit de la fondation Aventinus qui a vu le jour le 7 octobre dernier.

La diversité médiatique est une nécessité pour le bon fonctionnement de la démocratie. Elle est nécessaire à la libre formation de l'opinion. Surtout lorsqu'on a une démocratie tellement vivante comme la nôtre, avec une très grande importance pour l'engagement communal ou régional. La diversité et la présence de médias régionaux est d'une importance cruciale. En ce sens, j'estime que la presse écrite est celle qui est particulièrement en difficulté. De plus, alors qu'un soutien public est totalement admis pour les radios et télévisions avec la redevance fédérale, qu'on avait appelée avant la Billag, la presse écrite ne bénéficie pas d'un soutien de ce type. Elle est donc quelque part injustement traitée. De plus, le soutien d'un rabais des frais postaux, dont elle bénéficie actuellement, tend à revêtir moins d'importance avec la digitalisation, avec beaucoup de personnes ayant accès aux journaux maintenant sous forme électronique.

La forme d'une fondation indépendante de soutien aux médias permettra de garantir l'indépendance de la presse par rapport à l'Etat. Il est urgent de faire quelque chose ! Lorsque le paysage médiatique sera entièrement polarisé et appauvri, il sera trop tard. Notamment dans l'ère des réseaux sociaux et à l'accès « gratuit » – entre guillemets : gratuit – à l'information, la valeur du travail journalistique de qualité, les enquêtes, les approfondissements et les analyses critiques neutres, sont un besoin vital pour notre société. Je vous remercie pour votre soutien.

Präsident. Je donne la parole à M. Hervé Gullotti.

Hervé Gullotti, Tramelan (PS). Le soutien à la formation des journalistes est un thème capital qui, de l'avis du groupe socialiste, n'est pas assez pris en compte dans ce rapport et dans les mesures qui en découlent. Au nom du groupe, je demande que cette préoccupation fasse partie des aides indirectes à approfondir. Ce n'est pas la première priorité, mais c'est une des priorités à examiner.

Aujourd'hui dans le canton de Berne, la seule formation offerte en rapport avec le journalisme est un bachelor en sciences sociales à l'Université de Berne. Une partie de ce cursus académique se penche sur la science de la communication et des médias. Contrainte à faire des économies, l'Université a dû renoncer au master. Alors que certains cantons alémaniques financent une partie des frais d'écolage à la « Schweizer Journalistenschule » à Lucerne à hauteur d'un tiers environ du coût total ; Berne s'abstient. Or, dois-je rappeler que les médias sont un vecteur important de la formation des opinions dans la population. Ils sont un baromètre crédible de la santé démocratique d'une société. Les médias façonnent notre quotidien de manière déterminante, cela d'autant depuis l'émergence de l'ère numérique.

Selon un premier monitoring de l'Office fédéral de la communication (OFCOM) paru il y a tout juste une année, les Suisses se forment leur opinion principalement grâce à la télévision, devant la radio, la presse écrite et les médias en ligne. La SSR est l'entreprise de média la plus influente. Cette réalité est une lourde responsabilité pour les médias, il en va de leur crédibilité. Les professionnels doivent effectuer leur pensum selon des règles déontologiques. C'est exactement ce qui fait défaut aujourd'hui avec les « fake news » et autres informations questionnables qui circulent sur internet. Cette réalité est lourde, aussi pour l'Etat démocratique qui, pour garantir son existence, doit inciter ses citoyennes et citoyens à s'intéresser et à participer à la chose publique. Les conditions du marché sont difficiles. Les éditeurs font face à des contraintes financières qui les acculent à réduire les dépenses. La concentration des médias fait craindre un appauvrissement de la diversité des opinions et partant asphyxie la pensée.

Les médias régionaux, qui souvent sont limités dans leurs capacités financières, souffrent de ce manque de soutien. Et c'est la formation qui pâtit de cet état de fait. Il existe mille et un instruments pour l'Etat de soutenir la formation initiale et continue des journalistes, sans intervenir dans le marché en injectant de l'argent directement dans les médias. – Option qui n'est, et tout le monde

est d'accord sur ce point, pas une solution viable. Bourses d'études à l'étranger et en Suisse, prix d'encouragement, participations financières à la formation initiale et à la formation continue, la formation est un outil indispensable qui fournit aux professionnels de la branche le regard affiné et critique, sur ce qui les entoure. Chères et chers collègues, pour toutes ces raisons, je vous demande de soutenir « einstimmig » cette déclaration de planification. Je vous remercie de votre attention.

Präsident. Jetzt kommen wir zu den Fraktionssprechenden; zuerst Barbara Stucki, glp.

Barbara Stucki, Stettlen (glp). Ich kann es relativ kurz machen. Ich habe in meinem vorangehenden Votum bereits gesagt, dass wir der Meinung sind, dass die Medien ihre Aufgabe als vierte Staatsgewalt nur wahrnehmen können, wenn sie unabhängig bleiben, das heisst auch unabhängig von staatlicher Finanzierung. Entsprechend stehen wir den zahlreichen Planungserklärungen relativ oder sehr kritisch gegenüber. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass aufgrund der Konsolidierung der Medienhäuser und auch der Einsparungen, die insbesondere im Print-Bereich, auch personell, gemacht werden, immer weniger über regionale Themen berichtet wird.

Eine unabhängige Meinungsbildung über regionale Politik via Medien wird zunehmend schwieriger. Wir Grünliberale sind aber nicht der Ansicht, dass wir dieses Problem kantonale und mit diesen Planungserklärungen lösen können. Wir wissen, dass im Moment auf Bundesebene eine ähnliche Diskussion geführt wird, und sehen es dort auch besser angesiedelt. Wir sind auch nicht der Meinung, dass man versuchen soll, mit staatlichen Geldern einen Strukturert halt zu finanzieren. Entsprechend werden wir uns mehrheitlich bei den Planungserklärungen enthalten oder diese ablehnen; vereinzelt wird es Zustimmungen zu einzelnen Planungserklärungen geben.

Marc Jost, Thun (EVP). Die EVP blickt ein bisschen weniger liberal auf die möglichen Fördermassnahmen. Ich gehe auf die einzelnen *möglichen* Massnahmen ein, zuerst zur SDA. Für die EVP-Fraktion ist die SDA nicht wegzudenken, wenn es darum geht, für unseren Kanton Bern eine gute und unabhängige Nachrichtenversorgung zu haben. Für uns steht die SDA für Nüchternheit, Sachlichkeit und eben gute Information, auch wenn diese manchmal nicht bei uns, den Lesenden, ankommt, sondern eben vor allem eine Dienstleistung für die Medienhäuser und Journalisten ist, die damit arbeiten. Kobi Schwarz hat das eigentlich sehr gut dargestellt, und es trifft auch aus unserer Sicht zu. Ich denke, letztendlich ist es dann eine Nuance, in welcher Form die Planungserklärung überwiesen wird; die Idee ist dieselbe. Bei uns sagten mir die FiKo-Mitglieder, dass es grundsätzlich so geregelt sei, dass es eine Leistungsvereinbarung brauchte, wenn es so gelöst würde, wie es sich Jakob Schwarz vorstellt. Wie gesagt, die Planungserklärung der Kommission ist ein wenig offener und lässt verschiedene Möglichkeiten zu.

Das zweite Thema sind die Fördermassnahmen im Bereich der Bildung. Wir überlegten uns dazu: Reicht es denn nicht einfach, wenn man den Lehrplan 21 konsequent umsetzt? – In diesem ist ja viel Gutes dazu enthalten. Wie ich vorhin gesagt habe – die Zahlen der 15- bis 30-Jährigen. Dies sind nicht mehr Leute, die in der Volksschule sind. Wir sind der Meinung, es wäre sehr gut, wenn man sich diesbezüglich überlegte, ob es denn nicht weitergehende Massnahmen gäbe, mit welchen gerade auch in der Ausbildung das Thema «Wie gehen wir heute mit den Möglichkeiten und Medien um?» aufgegriffen wird. Zumindest finden wir ein Darüberechnen angemessen, wie dies im Ausbildungsbereich besser aufgegriffen werden könnte, und unterstützen es deshalb als EVP-Fraktion einstimmig.

Wo wir etwas geteilter Meinung sind, ist der Bereich Ausbildung von Journalisten. Dort ist es in etwa «fifty-fifty». Einerseits haben wir mit der Universität staatliche Ausbildungsplätze, wo dies enthalten ist. Natürlich ist dies nicht austauschbar mit anderen Ausbildungszentren wie dem Medienbildungszentrum (MAZ) und anderen, wo die Ausbildungen kostenpflichtig sind. Ein Teil von uns würde es nicht ausschliessen, dort – wie zumindest andere Kantone – zu prüfen, ob sich der Kanton an solchen Ausbildungen beteiligen möchte. Wie gesagt, die andere Hälfte der Fraktion ist eher kritisch. Schliesslich möchten wir nicht ausschliessen, dass man die Stiftung als mögliches Instrument für solche Fördermassnahmen einbezieht. Dies könnte dann für sehr viele verschiedene Möglichkeiten ein hilfreiches Modell sein, sei es für regionale Printmedien oder für andere Massnahmen bei der SDA und so weiter.

Zur Kantonskommunikation sind wir von der EVP der Meinung, dass der Kanton eine sehr gute Kommunikationsarbeit macht. Etwas zugespitzt formuliert: Wir sind nicht der Meinung, dass Regierungspräsident Ammann noch viel häufiger twittern sollte. (*Heiterkeit / Hilarité*)

Vania Kohli, Bern (BDP). Die BDP-Fraktion unterstützt sämtliche Planungserklärungen der SAK, wenn nicht einstimmig, dann mit grossem Mehr. Die Planungserklärung 2.a von Kollega Schwarz lehnen wir ab, weil er in seiner Planungserklärung auch klar von einem direkten Förderbeitrag spricht, ebenso die Planungserklärung 4, die eine Stiftung zur Medienförderung einsetzen möchte. Dort haben wir festgestellt, dass wir praktisch keine Mittel haben, und wenn wir Mittel hätten, müssten wir viele Mittel haben, wenn wir etwas bewirken wollten. Im Übrigen beklagen wir uns im Kanton Bern, im Vergleich zu anderen Kantonen, eher auf hohem Niveau. Zudem ist es, wenn es auf diesem Niveau eine Förderung geben sollte, eher Bundessache. Dasselbe gilt für die Planungserklärung 5, welche die Medienausbildung mitfinanzieren will. Diese werden wir ebenfalls ablehnen. Auch diese Massnahme sollte, wenn man sie wirklich in Betracht ziehen wollte, bundesweit erfolgen. Vielen Dank.

Präsident. Für die SP-JUSO-PSA, Karin Fisli.

Karin Fisli, Meikirch (SP). Die SP-JUSO-PSA-Fraktion unterstützt grundsätzlich alle Planungserklärungen 1–6. Die 2.a lehnen wir ab, aus den Gründen, die Christoph Grupp seitens der SAK schon erwähnt hat. Die Planungserklärung 7 lehnen wir auch ab. Inhaltlich sind wir zwar einverstanden, finden aber, es sei hier der falsche Ort.

Markus Aebi, Hellsau (SVP). Zu den Planungserklärungen: Wie gesagt, ist die SVP in dieser Hinsicht eher der Meinung, dass eine aktive Medienunterstützung nicht im Vordergrund steht, mit zwei, drei Ausnahmen. Erlauben Sie mir noch eine Bemerkung zu den Ausführungen von Christoph Auer. Auch ich bin der Meinung, dass wir uns bei den Medien wirklich in einer schwierigen Situation befinden. Allerdings muss ich Ihnen hier einfach Folgendes sagen: Wenn Sie wirklich wollen, dass die Jungen mit dem Zeitunglesen beginnen, dann müssen Sie ihnen die Zeitung gelesen verschicken. Jugendliche unter 30 lesen praktisch keine Zeitungen mehr. Ich spreche von Print-Ausgaben. Sie lesen ihre Zeitungen im Internet. Sie konsumieren das, was sie wollen und was für sie wichtig ist. Mit all den Informationskanälen, die heute zur Verfügung stehen, sei es Twitter, Facebook, und all diesen Medien – diese haben eine solche Informationsdichte – kommen sie gar nicht auf den Level kommen, wie wir ihn jeweils beim Zeitunglesen hatten. Deshalb ist meine Meinung die, dass der Kanton Bern die Finanzen, die angespannt sind, nicht verzetteln und nicht in Dinge investieren sollte, wo am Schluss die Wirkung im Ziel nicht vorhanden ist.

Ich komme zu den Planungserklärungen: Eigentlich lehnt die SVP alle Planungserklärungen ab bis auf die Planungserklärung im Zusammenhang mit dem Jura. Ich komme noch kurz zu den Planungserklärungen 2 und 2.a: Bei 2 und 2.a. geht es um die Unterstützung der SDA. Ich weiss nicht, ob Sie die Firma SDA kennen. Diese fusionierte vor zwei Jahren mit Keystone, verteilte ihr Vermögen von 8 Mio. Franken an die Shareholder und entliess dann Leute. Mitbeteiligt ist zu einem Drittel eine österreichische Agentur. Ich weiss nicht, ob es wirklich *die* Firma ist, die wir hier in diesem Land unterstützen sollten. Mit einem Umsatz von 33 Mio. Franken kann der Beitrag, den wir dazu leisten können, eigentlich nur marginal sein. Dieser wird nicht entscheidend sein, ob jetzt eine Stelle im Kanton Bern aufgehoben oder geschlossen wird. Soweit dazu.

Wo wir jedoch ein Problem haben, ist betreffend den ganzen Bereich Frankophone mit dem «Journal du Jura» mit einer Auflage von rund 6500 bis 7000 Exemplaren. Dieses ist am Existenzminimum; so können Sie es nicht betreiben. Wenn man hier nichts tut, werden wir im Jura ein mediales Problem bekommen, insbesondere von der Berner Seite her. Denn der Jura ist eigentlich relativ stark umkämpft. Das heisst: Wir lehnen die Planungserklärungen 1, 2, 3, 4 und 5 ab. Wir stimmen aber den Planungserklärungen 6 und 7 zu. Danke für die Aufmerksamkeit.

Natalie Imboden, Bern (Grüne). Die grüne Fraktion nimmt die vorliegenden Planungserklärungen grossmehrheitlich an. Ich komme dann im Einzelnen darauf zurück. Was aber festzuhalten ist – dies vielleicht gleichwohl als Vorbemerkung: Es gibt ja verschiedene Punkte, die nicht mehr speziell erwähnt werden. Ich erinnere da an das Thema der Frühzustellung. Ich muss sagen, dass ich in der Stadt Bern Frühzustellung habe. Ich bin glücklich, dass die Post die Zeitungen schon um halb sechs morgens in den Briefkasten legt. Ich nehme mit Erstaunen zur Kenntnis, dass seitens jener aus den eher ländlichen Regionen, die dies vielleicht auch möchten, jetzt keine Planungserklärungen eingegangen sind. Denn dies ist genau etwas, das gut ist, wenn man pendelt: Die einen lesen es über das Handy, und die anderen können es in der Hand lesen. Daher ist es bedauerlich.

Jetzt zur Frage der Planungserklärungen, die hier vorliegen: Die Planungserklärung 1 unterstützen wir. Es wurde gesagt, es sei eine ganz grundlegende. Wir wollen, dass der Regierungsrat weiterhin prüft, welche Massnahmen er uns vorlegen will, wie wir dies auch von Herrn Auer gehört haben: eine gesetzliche Grundlage, sofern es diese eben brauchen wird, und was man tun kann. Wir unterstützen diese Planungserklärung.

Bei den Planungserklärungen 2 und 2.a ist es für uns weniger inhaltlich. Wir können mit beiden leben. Für uns ist auch klar, dass es eine Leistungsvereinbarung braucht, wenn man so etwas macht. Es ist uns hier wichtig zu sagen: Für uns ist es keine Frage einer Lex SDA- oder einer Lex Keystone-Büro, sondern für uns geht es darum, dass man einen Akteur unterstützt, der Agenturdienstleistungen erbringt. Es könnte auch ein anderer sein, aber es ist halt nun einmal die SDA/Keystone. Ich teile aber – dies ist vielleicht der einzige Punkt, in dem ich mit dem Vorredner einverstanden bin – die Ansicht, dass es hier nicht darum geht, irgendwie zur Gewinnförderung dieses Unternehmens Beiträge zu leisten. Es geht hingegen ganz gezielt darum, dass Büros, die hier Leistungen für den Kanton Bern in Biel und Bern erbringen, erhalten bleiben, dass sie gefördert werden. Die Tatsache, dass der Bund dies auch tut, zeigt, dass wir hier – wie ich glaube – auf dem richtigen Weg sind. Wie gesagt: Ob 2 oder 2.a, für uns ist beides möglich.

Zur Planungserklärung 3: Ja, wir sind der Meinung, wir müssten für die jungen Menschen einen Beitrag leisten. Es ist wichtig, dass wir hier auch auf die Forschungsergebnisse reagieren. Ich gehe hier nicht länger darauf ein; es ist uns ein grosses Anliegen.

Dann zum Punkt 4 mit der Medienstiftung: Wir finden es gut, wenn der Regierungsrat hier weiter dranbleibt, vor allem wenn wir hören, dass es hier sogar noch andere Teile sind, die bei einer solchen Stiftung mitmachen ... Es muss ja nicht nur der Kanton Bern sein, sondern der Vorteil einer Stiftung ist, dass man es zusammen mit interessierten Kreisen prüfen kann.

Vielleicht noch als vorletzter Punkt zur Frage der Förderung der Ausbildung. Qualitätsjournalismus braucht Ausbildung, er braucht auch Weiterbildung. Ein Studium in Medienwissenschaften – heute heisst dies etwas anders – ist nicht dasselbe wie eine Ausbildung am Medienausbildungszentrum. Es wäre zum Beispiel denkbar, dass die Stiftung Stipendien vergeben würde. Wir merken ja, dass es andere Kantone auch tun. Freiburg tut es, Solothurn tut es. Es ist also etwas, das auch andere Kantone tun. Wie und welche Modalitäten – dies soll die Regierung genauer prüfen. Ich glaube aber: Es ist richtig und wichtig, in Qualität, in die Ausbildung zu investieren. Ich glaube, dies ist der beste Garant, trotz einer gewissen Unabhängigkeit und Neutralität, hier in die Leute zu investieren, damit sie ihren Job später machen können.

Als letzten Punkt: Die Frankophonie ist unbestritten. Wir unterstützen diesen Punkt.

Noch zum Punkt 7 zur aktiven Informationspolitik: Wir sind nicht gegen diesen Artikel, finden aber, er sei in diesen Planungserklärungen etwas sachfremd. Hier geht es ja nicht um die Informationspolitik des Kantons. Wir sind auch nicht der Meinung, dass das, was als Konzernjournalismus manchmal ein wenig Blüten treibt, gemacht werden soll. Wir sind nicht dagegen und unterstützen den Antrag. Aber wie gesagt: Unserer Meinung nach ist er nicht ganz am richtigen Ort.

Vielleicht noch als letzten Punkt die Frage des Lesens von Zeitungen, was Herr Aebi gesagt hat: Ja, die Jungen lesen vielleicht auf dem iPad Zeitungen oder auf dem Handy. Um aber das Produkt Zeitung zu erbringen, also um die Artikel zu schreiben, dafür brauche ich trotzdem eine Zeitung. Schlussendlich ist es für mich eben weniger die Frage des Kanals, über den sie verbreitet wird, ob gedruckt oder print, sondern eine Frage des Inhalts, des Contents; dies ist zentral. Ich denke, das ist auch unser Interesse, das Interesse an Qualität, an Content. Wie gesagt: Die grüne Fraktion unterstützt die Planungserklärungen mehrheitlich.

Jakob Schwarz, Adelboden (EDU). Ich gebe Ihnen noch die Haltung der EDU-Fraktion zu den Planungserklärungen bekannt. Der Planungserklärung 1 können wir zustimmen; bei der Planungserklärung 2 geben wir unserer Variante, also 2.a, den Vorzug. Ich möchte hier nochmals klar erwähnen: Es ist einfach nicht allen Fraktionen klar. Die im Bericht erwähnte Massnahme 6.2.1, «indirekte Massnahmen», ist ein direkter Förderbeitrag an die SDA. So steht es im Bericht geschrieben. Ich hoffe, Herr Auer könne dies dann auch noch klarstellen. Wir wollen hier nichts Neues, es geht um einen direkten Beitrag. Für uns ist dabei der Abschluss einer Leistungsvereinbarung die Voraussetzung. Wenn dies normal ist, ist es auch gut. Dann kann man aber auch schreiben, dass wir dies verlangen.

Die Planungserklärung 3 lehnen wir ab. Wir bezweifeln, ob die aufgeführten Massnahmen bei der jüngeren Generation viel bringen. Wenn man es schon nicht in der Schule hingekriegt hat, denken wir, ist die Chance verpasst. So würde es später wahrscheinlich auch nicht mehr gross fruchten.

Die Planungserklärung 4 betreffend eine Medienausbildung lehnen wir ab, das heisst die Planungserklärungen 4 und 5. Wir könnten uns hier allenfalls eine Lösung auf Bundesebene vorstellen, aber nicht, dass jeder Kanton eine eigene Schiene fährt. Den Planungserklärungen 6 und 7 stimmen wir zu.

Präsident. Wir kommen zu den Einzelsprechenden. Als erster hat Samuel Krähenbühl das Wort.

Samuel Krähenbühl, Unterlangenegg (SVP). Als ehemaliger Journalist und ehemaliger Mitarbeiter des Tamedia-Konzerns ist es mir ein Anliegen, hier etwas zu sagen. Denn von diesen Mechanismen, die hier abgehen, verstehe ich nun wirklich ein bisschen etwas. (*Heiterkeit / Hilarite*) Wichtig ist Folgendes: Als Ausgangslage hatten wir eigentlich zwei Vorstösse, den Vorstoss Imboden (*M 174-2017*) und den Vorstoss Hügli (*M 184-2017*). Beide enthielten den Titel «Medienvielfalt». Leider spricht der Bericht im Titel schon nicht mehr von «Medienvielfalt», er spricht nur von «Medienförderung». Ich möchte jetzt nur auf zwei Planungserklärungen eingehen, nämlich auf die 2 und die 2.a. Aus meiner Sicht fördern diese nicht die Medienvielfalt, sondern das Umgekehrte. Denn was geschieht, wenn Sie die SDA und die Keystone stärken? – Dies führt nicht dazu, dass die Medien vielseitiger berichten. Es führt dazu, dass noch mehr von diesen Kopfblättern – ein wenig «Berner Oberländer», ein bisschen «Thuner Tagblatt» oder ein wenig «BZ Emmental» oder was auch immer – noch mehr SDA-Texte übernehmen und dass noch weniger Journalisten vor Ort beschäftigt werden. Sorry, Leute! Diese Anträge sind ein Rohrkrepierer, diese bringen definitiv nichts. Wenn Sie mehr Medienvielfalt wollen, müssen Sie namentlich diese beiden ablehnen. Ich habe geschlossen.

Maurane Riesen, Berne (PSA). Je voulais simplement revenir rapidement sur la déclaration de planification n° 6 qui semble faire l'unanimité au sein de ce cénacle. A mon avis, la diversité médiatique est importante dans le Jura bernois et elle l'est aussi dans l'Emmental et à Berne ; elle l'est aussi dans l'Oberland. De faire une différence qui soit comme ça acceptée que dans le Jura bernois, cela me semble étonnant, mais je suis contente. Parce que de principe ... (*Le président interrompt l'oratrice en raison d'une panne de son et lui redonne la parole lorsque le problème technique est résolu. / Der Präsident unterbricht die Rednerin infolge eines Tonausfalls und erteilt ihr das Wort nach Behebung des technischen Problems erneut.*) Etant donné que je suis de principe favorable aux diverses mesures de soutien aux médias, je soutiendrai bien sûre également cette déclaration de planification-ci. Par contre, il faut qu'il s'agisse d'un soutien indirect, comme ce qui a été déclaré et voulu par la commission CIRE, comme il se fait dans le reste du canton et pas uniquement un soutien orienté en faveur d'un seul média, mais d'un soutien à tous les médias couvrant la région francophone du canton de Berne.

Bruno Vanoni, Zollikofen (Grüne). Den ersten Satz kann ich genau gleich sagen wie Samuel Krähenbühl vorhin. Als ehemaliger Journalist und ehemaliger Tamedia-Mitarbeiter verstehe ich etwas von dieser Sache. Was Samuel Krähenbühl gesagt hat, möchte ich ergänzen. Es geht nicht darum, dass im Kanton Bern noch mehr Titel mit derselben SDA-Agenturmeldung verbreitet werden. Das Problem, das wir haben, ist, dass solche Meldungen überhaupt verbreitet werden. Wenn man nichts tut, ist die Alternative, dass es bald keine Titel mehr geben wird, die SDA-Meldungen, zum Beispiel über das Geschehen im Grossen Rat, verbreiten können. Dies ist eine kleine Replik. Eigentlich bin ich wegen etwas anderem nach vorne gekommen. Gerne hätte ich das Thema noch von einer etwas anderen Seite beleuchtet, nämlich von der Verfassung des Kantons Bern (KV) her. In dieser steht seit über 25 Jahren – dies wird im Bericht über die Medienförderung auch erwähnt – ein Medienartikel. Dieser lautet: «Der Kanton unterstützt die Unabhängigkeit und Vielfalt der Informationen.» Das ist ein Gesetzgebungsauftrag, der im Kanton Bern bisher nicht eingelöst wurde. Wenn ich jetzt die vielen Wenn und Aber gegen die Planungserklärungen höre, muss ich sagen: Wenn man diese ablehnt, möchte ich gerne Vorschläge hören, wie diejenigen, welche die Planungserklärungen ablehnen, dem Verfassungsauftrag auf anderen Wegen nachkommen wollen. Das Minimale, was man tun kann, ist heute das Unterstützen der Planungserklärungen, und zwar, weil der Regierungsrat bereit und gewillt ist, endlich etwas zu tun. Der Staatsschreiber hat es gesagt: Ein Gesetzesentwurf wird hier eingebracht, dann können wir nochmals über die einzelnen Massnahmen diskutieren. Jetzt ginge es darum, nicht voreilig zu einzelnen Massnahmen zu sagen, «Nein, das wollen wir nicht.». Wir wollen bei diesen Massnahmen, dass der Regierungsrat möglichst bei allen, die er nach einer ersten Sichtung für gut und gangbar befunden hat, die Arbeiten weiterprüft und umsetzt.

Aus persönlicher Erfahrung möchte ich noch eine spezielle Lanze brechen für die Planungserklärung 5 der SP, in welcher es darum geht, auch die Ausbildung der Medienschaffenden zu fördern. Es nützt nichts, wenn wir zahlreiche Kanäle fördern; wir müssen in die journalistische Qualität investieren, und diese kann man nur durch Ausbildung und Weiterbildung fördern. Ich gebe zu, ich bin etwas befangen, weil ich das MAZ, das Medienausbildungszentrum, selbst absolviert habe. Das MAZ ist nicht das Gleiche wie die Universität. Es ist eine berufsbegleitende Aus- und Weiterbildung der Journalisten. Deshalb finde ich es wichtig, dass der Kanton sich auch an der Finanzierung beteiligt, ... (*Der Präsident bittet den Redner, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'orateur de conclure.*) ... von Plätzen, die von bernischen Leuten genutzt werden können.

Präsident. Ich sehe keine weiteren Einzelsprechenden mehr. Ich gebe das Wort dem Herrn Staatschreiber Christoph Auer.

Christoph Auer, Staatsschreiber. Der Regierungsrat begrüsst alle Planungserklärungen, welche eingereicht wurden. Er begrüsst insbesondere die Planungserklärungen der SAK. An dieser Stelle möchte ich der SAK auch für die gute Diskussion danken, die wir in der Kommission führten. Ich glaube, alle Planungserklärungen sind vom selben Anliegen getragen. Alle Planungserklärungen zeigen: Es ist eine Situation vorhanden, aufgrund der es richtig ist, dass man sich als Staat überlegt, ob man handeln, ob man unterstützend eingreifen kann. Deshalb könnten aus Sicht der Regierung eigentlich alle Planungserklärungen überwiesen werden.

Vielleicht noch ein Wort zu dem, was Jakob Schwarz zur Planungserklärung 2.a gesagt hat. Es ist richtig: Der Förderbeitrag, der Beitrag an eine Nachrichtenagentur, ist ein direkter Beitrag an diese Agentur. Was Grossrätin Imboden gesagt hat, ist aber ebenfalls richtig: Es muss nicht die SDA sein. Im Moment sind ja bei der SDA auch Überlegungen im Gang, die Struktur irgendwie zu ändern und den entsprechenden Teil, damit er förderungswürdig ist, vielleicht vom kommerziellen Teil abzuspalten. Solche Überlegungen wurden gerade an der Medienkonferenz, an der Konferenz, die im Rathaus stattfand, kürzlich geäussert.

Irgendeine Agentur, irgendein Büro, welches die Nachrichten an sämtliche Medien verteilt ... Hier muss ich Grossrat Krähenbühl schon widersprechen, er hat mich diesbezüglich etwas provoziert. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Büros, dieser Agenturen entlasten natürlich sämtliche Medien. Zeitungen wie «Der Bund» oder die «BZ» können heute Nachmittag in den Redaktionen arbeiten, weil sie wissen, dass hier oben auf der Tribüne jemand von einer Agentur arbeitet. Wenn ein Lokalradio nicht hierherkommt – alle Lokalradios stützten sich auf diese Agenturmeldungen –, weil es weiss, dass es später eine Meldung einer Agentur zur Debatte über den Medienförderungsbericht erhält, kann es dann mit den Ressourcen, die es eingespart hat, einen Bericht aufbereiten. Das Radio musste sein Personal nicht herschicken. Wenn aus der Agenturmeldung hervorgeht, dass Grossrat Krähenbühl hier ein fulminantes Votum gehalten hat, können sie ein Telefonat mit Grossrat Krähenbühl führen und ein Radio-Interview machen; dann können sie eben ihre journalistische Tätigkeit ausüben. Diese Agenturen unterstützten also mit ihren Leistungen sämtliche Medien – Medien, die ihre Ressourcen dann für journalistische Arbeit einsetzen können, für das Einordnen, für Gegendarstellungen, für Interviews und so weiter. Deshalb ist es eine gute Fördermassnahme, und ich habe auch mit Freude zur Kenntnis genommen, dass die meisten Sprecherinnen und Sprecher diese Planungserklärung unterstützen.

Aus Sicht des Regierungsrates könnten Sie durchaus auch die Planungserklärung zur Stiftung von Grossrätin Riesen, von der SP, unterstützen. Wie gesagt: Eine solche Stiftung könnte man unterstützen; sie ist ein Vehikel, über das andere Anliegen weiterentwickelt werden könnten und das von mit anderen gemeinsam mitfinanziert werden könnte. Wie gesagt: Die Regierung steht diesen Planungserklärungen positiv gegenüber und begrüsst sie.

Präsident. Somit kommen wir zu den Abstimmungen, zuerst zu den Planungserklärungen. Zur Planungserklärung 1 der SAK: Wer diese Planungserklärung annimmt, stimmt Ja, wer diese ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (2017.STA.1782; Planungserklärung SAK [Grupp, Biel/Bienne] – Nr. 1)
Vote (2017.STA.1782 ; déclaration de planification de la CIRE [Grupp, Biel/Bienne] – n° 1)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui	104
Nein / Non	41
Enthalten / Abstentions	1

Präsident. Sie haben diese Planungserklärung 1 angenommen, mit 104 Ja- gegen 41 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung.

Wir kommen zur Abstimmung über die Planungserklärung 2, die wir gegen die Planungserklärung 2.a ausmehrten. Wer die Planungserklärung 2 der SAK annehmen will, stimmt Ja, wer die Planungserklärung 2.a der EDU annehmen will, stimmt Nein.

Abstimmung (2017.STA.1782; Planungserklärung SAK [Grupp, Biel/Bienne] – Nr. 2 *gegen* Planungserklärung EDU Nr. 2.a)
Vote (2017.STA.1782 ; déclaration de planification de la CIRE [Grupp, Biel/Bienne] – n° 2 *contre* déclaration de planification UDF [Schwarz, Adelboden] – n° 2.a)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme Planungserklärung SAK [Grupp, Biel/Bienne] – Nr. 2 /

Adoption de la déclaration de planification de la CIRE [Grupp, Biel/Bienne] – n° 2

Ja / Oui	93
Nein / Non	53
Enthalten / Abstentions	0

Präsident. Sie haben der Planungserklärung 2 der SAK den Vorzug gegeben, mit 93 Ja- gegen 53 Nein-Stimmen.

Nun stimmen wir noch darüber ab, ob wir diese Planungserklärung in den Bericht aufnehmen möchten. Wer die Planungserklärung 2 der SAK annehmen will, stimmt Ja, wer dies nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (2017.STA.1782; Planungserklärung SAK [Grupp, Biel/Bienne] – Nr. 2)
Vote (2017.STA.1782 ; déclaration de planification de la CIRE [Grupp, Biel/Bienne] – n° 2)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui	105
Nein / Non	41
Enthalten / Abstentions	0

Präsident. Sie haben die Planungserklärung 2 der SAK angenommen, mit 105 Ja- gegen 41 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen.

Zur Planungserklärung 3 der SAK: Wer diese Planungserklärung annehmen will, stimmt Ja, wer dies nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (2017.STA.1782; Planungserklärung SAK [Grupp, Biel/Bienne] – Nr. 3)
Vote (2017.STA.1782 ; déclaration de planification de la CIRE [Grupp, Biel/Bienne] – n° 3)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui	96
Nein / Non	48
Enthalten / Abstentions	2

Präsident. Sie haben diese Planungserklärung angenommen, mit 96 Ja- gegen 48 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Zur Planungserklärung 4 von Grossrätin Riesen: Wer diese Planungserklärung annehmen will, stimmt Ja, wer dies nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (2017.STA.1782; Planungserklärung Riesen, Bern [SP-JUSO-PSA] – Nr. 4)
Vote (2017.STA.1782 ; déclaration de planification Riesen, Berne [PS-JS-PSA] – n° 4)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui	58
Nein / Non	84
Enthalten / Abstentions	3

Präsident. Sie lehnen diese Planungserklärung ab, mit 84 Nein- gegen 58 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

Wir kommen zur Planungserklärung 5, SP-JUSO-PSA: Wer diese Planungserklärung annimmt, stimmt Ja, wer dies nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (2017.STA.1782; Planungserklärung SP-JUSO-PSA [Gullotti, Tramelan] – Nr. 5)
Vote (2017.STA.1782 ; déclaration de planification PS-JS-PSA [Gullotti, Tramelan] – n° 5)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui	51
Nein / Non	95
Enthalten / Abstentions	0

Präsident. Sie haben auch diese Planungserklärung abgelehnt, mit 95 Nein- gegen 51 Ja-Stimmen bei 0 Enthaltungen.

Zur Planungserklärung 6 der SAK: Wer diese Planungserklärung annimmt, stimmt Ja, wer dies nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (2017.STA.1782; Planungserklärung SAK [Grupp, Biel/Bienne] – Nr. 6)
Vote (2017.STA.1782 ; déclaration de planification de la CIRE [Grupp, Biel/Bienne] – n° 6)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui	131
Nein / Non	4
Enthalten / Abstentions	8

Präsident. Sie haben diese Planungserklärung angenommen, mit 131 Ja- gegen 4 Nein-Stimmen bei 8 Enthaltungen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Planungserklärung 7 der SAK. Wer diese Planungserklärung annimmt, stimmt Ja, wer diese ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (2017.STA.1782; Planungserklärung SAK [Grupp, Biel/Bienne] – Nr. 7)

Vote (2017.STA.1782 ; déclaration de planification de la CIRE [Grupp, Biel/Bienne] – n° 7)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 135

Nein / Non 7

Enthalten / Abstentions 4

Präsident. Auch diese Planungserklärung wurde angenommen, und zwar mit 135 Ja- gegen 7 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen.

Jetzt kommen wir noch zur Kenntnisnahme des Berichts, welcher durch die Planungserklärungen 1, 2, 3, 6 und 7 ergänzt worden ist. Wer den Bericht so zur Kenntnis nimmt, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (2017.STA.1782; Kenntnisnahme mit den überwiesenen Planungserklärungen Nr. 1, Nr. 2, Nr. 3, Nr. 6 und Nr. 7)

Vote (2017.STA.1782 ; prise de connaissance avec les déclarations de planification adoptées n° 1, n° 2, n° 3, n° 6 et n° 7)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Kenntnisnahme mit überwiesenen Planungserklärungen /
Adoption avec les déclarations de planification adoptées

Ja / Oui 140

Nein / Non 4

Enthalten / Abstentions 0

Präsident. Sie haben den Bericht zur Kenntnis genommen, mit 140 Ja- gegen 4 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen.